



**Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Kreistagsabgeordnete,**

das Coronavirus und die Bekämpfung der Pandemie bleiben die bestimmenden Themen. Es mangelt nicht an neuen Herausforderungen und Aufgaben für die Kommunen. Jüngstes Beispiel: die Organisation von Bürgertests und die Unterstützung des Landes bei den Schnell- und Selbsttests für Kitas und Schulen.

Die Ausweitung der Testangebote ist ein wichtiger Baustein, um das Pandemiegeschehen weiter zu analysieren und um Öffnungen zu ermöglichen. Dabei ist klar, dass eine Erhöhung der Testaktivität auch zu einer Erhöhung der Inzidenz führen kann, aus der nicht unbedingt eine Verschärfung der Pandemielage abgeleitet werden kann. Hierfür sind auch andere Faktoren ohne nennenswerte Dunkelziffer, wie die Anzahl der Hospitalisierungen, die Beanspruchung der Intensivkapazitäten oder die Sterblichkeit, bessere Maßstäbe. Damit die Tests wirklich einen nachhaltigen Beitrag zur Öffnung leisten, muss kurzfristig ein (digitales) System zur Dokumentation der Ergebnisse der Tests, einschließlich einer Schnittstelle zu den Fachverfahren in den Gesundheitsämtern und einer Möglichkeit der Bescheinigung für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen. Hier sind Bund und Länder in der Pflicht.

Nachdem Bund und Länder sich in ihrem Beschluss vom 3. März darauf verpflichtet haben, flächendeckende Angebote zur Verfügung zu stellen – ohne dass vorab eine Einbindung der kommunalen Ebene in die Umsetzungsüberlegungen erfolgt ist –, haben die Kommunen in Schleswig-Holstein gleichwohl Unterstützung zugesagt und sich mit der Landesregierung auf Eckpunkte verständigt: Land und Kommunen sind sich einig, dass möglichst viele Angebote nutzbar gemacht werden sollen, um ein in der Fläche wirkendes Angebot an Testmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Die Beauftragung von Dritten zur Durchführung der Tests hat Vorrang vor der Schaffung neuer bzw. im Aufbau/Planung befindlicher staatlicher oder kommunaler Infrastrukturen und soll grundsätzlich allen qualifizierten Anbietern offenstehen, welche die vom Land definierten Anforderungen erfüllen. Das Land hat hierzu einen verbindlichen Katalog von Anforderungen für den Betrieb von Teststationen entwickelt.

Darüber hinaus stellt das Land auf seiner zentralen Homepage eine digitale Karte zur Verfügung, in die alle beauftragten Betreiber von Teststationen oder Testangeboten eingetragen werden. Diese müsste dieser Tage online gehen und ein gutes Bild der Angebote zeichnen. Die Kommunen haben sich in den letzten zwei Wochen vor Ort dafür eingesetzt, dass ein möglichst flächendeckendes Angebot an Testmöglichkeiten zur Verfügung steht. Wo noch Lücken bleiben, werden Land und Kommunen kurzfristig nach Lösungen zu suchen, ein flächendeckendes Angebot zu sichern.

Bund und Länder müssen die Zeit des erneuten Lockdowns über die Ostertage nun nutzen, bei den Themen Impfungen, Tests und digitale Instrumente wesentliche Fortschritte zu machen. Die Kommunen stehen immer unterstützend bereit; bei der Beschaffung einer App für die digitale Kontaktdatenerhebung gehen die schleswig-holsteinischen Kommunen voran (siehe Kurznachricht in diesem Newsletter).

Herzlichst Ihr  
Dr. Sönke E. Schulz



**Inhalt**

Editorial . . . . . 1

Tag des Gesundheitsamtes. . . 2

Grußwort des Beauftragten  
der Bundeskanzlerin für die  
Deutsch-Griechische

Versammlung. . . . . 3

Kurznachrichten . . . . . 4

Termine . . . . . 4

# TAG DES GESUNDHEITSAMTES

VON DR. DANIEL BERNEITH

Am 19. März 1745 wurde der Arzt und Philosoph Johann Peter Frank geboren, der heute als Begründer des Öffentlichen Gesundheitsdienstes gilt. Das Robert-Koch-Institut (RKI) nahm dieses Datum 2019 zum Anlass, erstmals den „Tag des Gesundheitsamtes“ auszurufen, um die Arbeit des Öffentlichen Gesundheitsdienstes generell, aber besonders in der Pandemie hervorzuheben und zu würdigen. Am vergangenen Freitag fand der Tag des Gesundheitsamtes zum dritten Mal statt, dieses Jahr unter dem Motto „Krisenreaktion“.

Zweifellos verdient der Öffentliche Gesundheitsdienst einen besonderen Tag der Würdigung, hat er sich doch als „Herzstück“ der Pandemiebewältigung erwiesen. Dass Schleswig-Holstein bislang vergleichsweise gut durch die Pandemie gekommen ist, liegt in erster Linie an der hervorragenden Arbeit in den Gesundheitsämtern der Kreise und kreisfreien Städte, die im Dauerbetrieb nicht nur Kontaktpersonen ermitteln, sondern auch beratend für Politik und Bürger zur Verfügung stehen. Das ist alles andere als selbstverständlich, auch weil der Öffentliche Gesundheitsdienst seit Beginn der Pandemie vor ungeahnten Herausforderungen steht. So hat sich die Arbeit im Infektionsschutz potenziert, während andere Aufgabenbereiche wie der sozialpsychiatrische Krisendienst, die Heimaufsicht und das Leichenwesen auch weiterhin ausreichende Berücksichtigung finden müssen. Dabei „rächt“ es sich natürlich, dass der Gesundheitsdienst in den letzten Jahren überproportional von Kürzungen betroffen war, was sich insbesondere auch in einer Personalknappheit widerspiegelt hat. Um den Herausforderungen der Pandemie gerecht werden zu können, bedurfte es daher der vom RKI dieses Jahr in den Fokus gerückten „Krisenreaktion“, etwa in Form von internen

Umstrukturierungen, des Einsatzes externen Personals, kurzfristiger Personalakquise, Wochenend- und Feiertagsarbeit und durch Verzicht auf Urlaub. Das zeigt, dass den Gesundheitsämtern und dem Personal höchste Anerkennung und Dank gebühren, zumal auch sie den persönlichen Belastungen der Pandemie und den jeweils geltenden Beschränkungen ausgesetzt sind. Gleichzeitig wird aber auch klar, dass ein einzelner Tag nur ein Stückweit die Leistung der Gesundheitsämter würdigen kann – im Grunde verdient der Öffentliche Gesundheitsdienst mehrere solcher Tage und dauerhafte Aufmerksamkeit.

Daneben bedarf er aber auch zwingend einer dauerhaft krisenfesten Ausgestaltung, gerade um den beschriebenen Personalproblemen künftig nicht mehr gegenüber stehen zu müssen. Der vom Bund ins Leben gerufene „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung, gerade weil er im Kern einen nachhaltigen Personalaufbau verfolgt. Erreicht werden kann dieses Ziel aber nur dann, wenn es verlässliche Zusagen zur Finanzierung neuer Stellen auch über die Laufzeit des Paktes (2026) hinaus gibt. Dass es hieran bislang sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene fehlt, ist misslich. Einerseits können die zu erwartenden Mehrkosten kaum von kommunaler Seite getragen werden. Andererseits wäre eine Zusage auch Anerkennung dafür, dass die Kommunen die Hauptlast der Pandemiebewältigung tragen und ihrerseits Land und Bund unterstützen, wo es möglich ist, sei es beim Aufbau und Betrieb von Impfzentren, bei der Verteilung von Masken oder bei der Unterstützung bei Schnelltests. Zu hoffen bleibt daher, dass die notwendigen Zusagen in künftigen Gesprächen mit dem Land zeitnah eingeholt werden können.



Robert Kneschke/stock.adobe.com

# GRUSSWORT DES BEAUFTRAGTEN DER BUNDESKANZLERIN FÜR DIE DEUTSCH-GRIECHISCHE VERSAMMLUNG

PSTS NORBERT BARTHLE, MDB



Norbert Barthle, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die Deutsch-Griechische Versammlung (DGV) feierte im letzten Jahr ihr zehnjähriges Bestehen. Sie wurde ins Leben gerufen mit dem Ziel, die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Griechenland und Deutschland auf allen Ebenen zu vertiefen. Ich denke, man kann sagen, dass ihr das sehr gut gelingt.

In den letzten zehn Jahren hat sich die DGV zu einem dynamischen Netzwerk aus Kommunen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft entwickelt, das in Europa einzigartig ist. Die DGV-Arbeit konzentriert sich vor allem auf die zukunftsträchtigen Themen Abfall- und Kreislaufwirtschaft, Digitalisierung, Energie, Tourismus, Umwelt und kommunale Wirtschaft - alles Themen, die für die Kommunen in beiden Ländern von großer Bedeutung sind. Durch die besondere maritime Lage Ihres Bundeslandes ergeben sich viele Gemeinsamkeiten mit den griechischen Kommunen und Regionen etwa in den Bereichen Energie, Fischerei, Hafenwirtschaft, Tourismus und Umwelt. So wird die Nutzung von erneuerbaren Energien oder die Entwicklung innovativer touristischer Konzepte für griechische Kommunen immer wichtiger. Aber auch die besonderen Herausforderungen der vielen Inseln etwa in der Abfallverwertung ergeben gemeinsame Interessen zwischen den Kommunen beider Länder.

## NETZWERK DER DGV



Im Vordergrund der DGV-Arbeit steht dabei aber nicht die Landespolitik, sondern die Bewältigung von Problemen, die sich aus dem Alltag der Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger ergeben. Eine von der DGV unterstützte Partnerschaft konzentriert sich auf den Austausch von Expertise und Know-how in einem von den Beteiligten zuvor definierten Themenbereich. Um diesen Austausch zu erleichtern, bietet die DGV bei Expertenreisen, Hilfsmaßnahmen oder Veranstaltungen den Kommunen ihre koordinative und organisatorische Unterstützung an.

In den vergangenen zehn Jahren sind mithilfe der DGV zahlreiche neue Kooperationen entstanden, bestehende Freundschaften wurden vertieft und konkrete Projekte umgesetzt. Die Partner müssen aber nicht immer eine feste Partnerschaft eingehen, sondern können ihre Zusammenarbeit auch auf ausgewählte Themen oder Projekte beschränken. Durch diese Flexibilität im DGV-Netzwerk sind viele deutsche und griechische Kommunen auch nach Abschluss eines gemeinsamen Projektes in enger Freundschaft verbunden geblieben und haben ihre Kooperation fortgesetzt.

Die DGV arbeitet nicht zuletzt im engen Schulterschluss mit den kommunalen Spitzenverbänden, Expertinnen und Experten, Wirtschaftskammern sowie den politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern sowie Stiftungen zusammen. Die wichtigsten Akteure und Partner bei der Verwirklichung von Projekten sind jedoch die Kommunen selbst. Die Zusammenarbeit geschieht auf Augenhöhe und ist gelebte Freundschaft in Europa. Jährlicher Höhepunkt der DGV-Arbeit ist die abwechselnd in beiden Ländern stattfindende Jahreskonferenz, die in diesem Jahr in Athen voraussichtlich stattfinden wird.

Wenn Sie wissen möchten, wie Sie ein Teil unserer DGV-Familie werden können, besuchen Sie unsere Internetseite unter [www.grde.eu](http://www.grde.eu), senden Sie uns eine E-Mail an [ks-dgv@bmz.bund.de](mailto:ks-dgv@bmz.bund.de) oder wenden Sie sich an den für Ihr Land zuständigen Koordinator der DGV, Herrn Generalkonsul a. D. Walter Stechel ([walter.stechel@grde.eu](mailto:walter.stechel@grde.eu)). Lassen Sie uns gemeinsam Europa gestalten!

# KURZNACHRICHTEN

## App zur Kontaktnachverfolgung

Der Beschluss der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 03.03.2021 sah unter anderem vor, dass die „Kontaktnachverfolgung auch in elektronischer Form, zum Beispiel über Apps erfolgen kann“. Um hierbei möglichst einheitlich und flächendeckend eine Lösung zu erarbeiten, wurde Dataport vergangene Woche durch den IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITVSH) beauftragt, eine entsprechende App zentral für alle Gesundheitsämter der Kreise und kreisfreien Städte zu beschaffen. Inzwischen hat Dataport die Betreiber der medial bereits vielfach präsenten App „Luca“ aufgefordert, noch diese Woche ein Angebot für den ITVSH und zudem für die Länder Niedersachsen, Hamburg, Bremen, Sachsen-Anhalt und Saarland abzugeben. Es ist zu hoffen, dass die App möglichst kurzfristig zum Einsatz kommen kann und die Arbeit in den Gesundheitsämtern dadurch ein Stückweit erleichtert wird.

Hinsichtlich der mit der Beschaffung einhergehenden Kosten finden derzeit Gespräche mit der Staatskanzlei statt. Ziel ist es, dass die Kosten entweder aus Mitteln des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst oder aber vom Land übernommen werden.

## „Blick nach vorn“: Auftaktveranstaltung des Forums Stadt&Land.SH am 27.04.2021

Mit der digitalen Auftaktveranstaltung "Blick nach vorn" will das Forum Stadt&Land.SH aktuelle Herausforderungen der Stadt- und Ortsentwicklung unter besonderer Betrachtung der Auswirkungen der Corona-Pandemie erörtern. Themen wie "Homeoffice, Homeschooling... - Welche Auswirkungen haben die Änderungen der Arbeitswelt für unsere Wohnungen?" und „Beschleunigt Corona die strukturellen Veränderungen in unseren Innenstädten?“ stehen auf der Agenda und werden in Fachforen vertieft bearbeitet. Das Fachforum ist eine Plattform verschiedener Akteure der Stadt- und Ortsentwicklung, der kommunalen Planungsverwaltungen, Hochschulen und fachpolitischen Verbände und soll dem Austausch und der Fortbildung dienen. Informationen zur Veranstaltung und Anmeldung finden sich unter: <https://forumstadtundland.sh/>

## TERMINE

### ➡ MÄRZ

**Di., 30.03. 10.00 Uhr**

Landräterunde 2/2021, online

### ➡ APRIL

**Mo./Di., 19./20.04**

DLT Verfassungs- und Europaausschuss, online

**Di./Mi., 20./21.04**

DLT Finanzausschuss, online

**Mi., 21.04. 17.00 Uhr**

Landräterunde 3/2021 mit Innenministerin Sütterlin-Waack, online

**Mo., 26.4. 14.00 Uhr**

Vorstand 2/2021, online

**Di., 27./28.04.**

DLT Wirtschafts- und Verkehrsausschuss, online

**Alle Termine für 2021 finden Sie unter:  
[www.sh-landkreistag.de/aktuelles/termine/](http://www.sh-landkreistag.de/aktuelles/termine/)**

# #digital souverän

virtuell & live | **20. April 2021**



Jetzt  
anmelden



[dataport.de](http://dataport.de)

**hm**  
Dataport  
**Hausmesse**  
#digitalSouverän